

**Begleitbrief BMs Lauterbach und Paus Kostenübernahme Verhütungsmittel, Anlage: Brief an MdBs  
– Kostenübernahme Verhütungsmittel**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Paus, sehr geehrter Herr Bundesminister Lauterbach,

xx Verbände und Organisationen wenden sich heute an alle Mitglieder des Deutschen Bundestags und an Sie mit einer dringenden gesundheits- und gleichstellungspolitischen Forderung:

**Noch in dieser Wahlperiode müssen endlich bundesgesetzliche Regelungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass alle Menschen, die verhüten wollen, sich das sichere und gesundheitsschonende Verhütungsmittel ihrer Wahl leisten können, und niemandem der Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln aus Kostengründen verwehrt ist.**

Eine bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel über § 24a SGB V hinaus wird fachpolitisch breit unterstützt, wie eine Anhörung zu Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken im Ausschuss für Gesundheit des Bundestags Ende 2018 zeigte. Bereits 2017 forderte der Bundesrat die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass allen Frauen ein gleichberechtigter Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglicht wird und die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für einkommensschwache Frauen und Frauen im Sozialleistungsbezug unbürokratisch übernommen werden. Der Koalitionsvertrag Ihrer Regierung stellt eine Regelung zumindest zur Verhütungsmitteln als Satzungsleistung der Krankenkassen und der Kostenübernahme bei Geringverdienenden in dieser Wahlperiode in Aussicht.

Die Mitglieder des Deutschen Bundestags bitten wir um Unterstützung für die Umsetzung unserer Forderung.

Ihnen, sehr geehrte Frau Paus, sehr geehrter Herr Lauterbach, sichern wir unsere Unterstützung für die Konzeption und Umsetzung zielführender gesetzlicher Regelungen zu.